

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
No 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: Im Einzelnen. Ein einzelnes Exemplar 8 Mark. Abonnement: Die monatliche Heftzahl über einen Raum 12 Goldpfennig, die vierteljährliche 35 Goldpfennig. Bei Abnahme der Zeitung folgende Preise: Einzelne Heftzahl über einen Raum 12 Goldpfennig, die vierteljährliche 35 Goldpfennig. Fernsprecherpreis: Die monatliche Heftzahl über einen Raum 12 Goldpfennig, die vierteljährliche 35 Goldpfennig. Bei Abnahme der Zeitung folgende Preise: Einzelne Heftzahl über einen Raum 12 Goldpfennig, die vierteljährliche 35 Goldpfennig.

Nr. 268.

Ulmenfeld, Donnerstag den 15. November.

Jahrgang 1938

## Münchener Nachklänge.

Der Führer des Bundes „Oberland“, Dr. Friedrich Weber, veröffentlicht ein Protokoll über die Verhandlungen, die vor dem Hitler-Buffet stattgefunden haben und am Abend des Hitler-Buffets selbst im Nebenzimmer des Bürgerbräuereis. Es heißt darin u. a.:

„Aus den seit Wochen zwischen Hitler, von Lössow, von Seiser und mir geführten Verhandlungen hatte sich gegen Anfang November eindeutig ergeben, daß Lössow und Seiser persönlich von der Notwendigkeit der Errichtung einer Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff-Lössow-Seiser, gestützt auf das Land Bayern unter Führung Bochner-Kahr, überzeugt und dafür gewonnen waren. Bei der Besprechung am 6. November nachmittags 4.30 Uhr im Generalkonferenzsaal erklärte auch Kahr, daß eine Reichsdiktatur von Bayern aus geschaffen werden müsse, da sie im Norden aus eigener Kraft nicht kommen könne, und daß dafür jetzt „der anormale Weg“ — Kahrs eigener Ausdruck — unter allen Umständen vorzubereiten sei. Kahr lehnte am Mittwoch die von Ludendorff angeregte Ausdrucksform ab, so daß wir uns am Mittwoch nachmittag entschlossen, am Donnerstagabend die Plattform zu schaffen, die es diesen dreien ermöglichen sollte, das zu tun, wozu ihnen aus eigenem trost beste Erkenntnis, die Entschlußkraft fehlte, was aber Deutschland wegen geschehen mußte. Donnerstagabend 8.30 Uhr, als Hitler nach Besprechung der Soaleingänge im Bürgerbräuereis an das Rednerpult, feuerte einen Pistolenschuß gegen die Decke, um Ruhe zu erhalten, hat nach wenigen Worten Kahr, Lössow, Seiser, aus dem Saal in ein Nebenzimmer. Von irgend einer Bedrohung mit der Waffe während dieser ganzen Verhandlungen kann nicht die Rede sein. Jemand eine Waffe wurde nicht gezeigt. Hitler führte Kahr gegenüber aus, was er jetzt als notwendig erachte, und hat dann die einzelnen Herren, ihm zu erklären, daß sie die angetragenen Aemter annehmen. Lössow fragte, wie Ludendorff sich dazu stelle, da er auf sein Urteil großen Wert lege. Hitler ließ deshalb Ludendorff telephonisch verständigen und durch Auto hereinbringen. Nach Ludendorffs Eintreffen setzte Hitler nochmals die Beweggründe zu seiner Tat, die politische Lage und das, was jetzt zu geschehen habe, auseinander und richtete an Ludendorff dann die Frage, ob er bereit sei, die Führung der Nationalarmee mit diktatorischen Vollmachten zu übernehmen. Nach kurzem Überlegen erklärte Ludendorff, daß er es als seine Pflicht in dieser Stunde erachte, Deutschland wegen die Stelle anzunehmen. Er erklärte dann zu Lössow und Seiser, daß er es von ihnen erwarte und sie des Vaterlandes wegen darum bitte, ebenfalls die ihnen angetragenen Aemter zu übernehmen. Lössow trat dann auf Ludendorff zu mit den Worten: „Wenn Erzellenz zulassen, dann bin ich bereit. Die Bitte von Erzellenz ist mir Befehl“, und gelobte mit Handschlag Ludendorffs treue Mitarbeit. Dasselbe tat unverzüglich Oberst von Seiser. Es bedurfte jetzt eines beinahe halbhandigen Wittens, Niekens von Hitler, Ludendorff, Bochner, bis Kahr, nachdem er auch noch einmal mit Lössow und Seiser sprach, die ebenfalls zurieten, erklärte: „Schweren Derrans bin ich bereit, der deutschen Sache und meiner bayerischen Heimat wegen das Amt des Landesverwesers von Bayern zu übernehmen“, worauf er erst Ludendorff und dann Hitler die Hand gab. Es folgte dann der gemeinsame Einzug in den Saal, wo die bereits bekannt gewordenen Reden auf dem Rednerpult, auf dem sämtliche sechs Herren gemeinsam Platz genommen hatten, gehalten wurden.“

Nach Abschluß der Versammlung fand in dem Nebenzimmer noch eine kurze Besprechung über die zunächst zu ergreifenden Verwaltungs- und Militärmaßnahmen statt, wobei Kahr von der Schuchhaft der sieben Herren — die vier Minister und die drei übrigen Verwaltungsbeamten — erfuhr, sich einverstanden erklärte und nur um entsprechende Behandlung der in Schuchhaft Gewonnenen bat. „Ich wünsche“, so schließt Dr. Weber, als Führer des Bundes „Oberland“ sein Protokoll ehrenwörtlich die Richtigkeit vorstehender Ausführungen, die nur das enthalten, an dem ich selbst teilnahm.

Gegen diese Darstellung behauptete eine halbamtliche Erklärung, daß Lössow und Seiser stets auf die völlige Unmöglichkeit der vorstehenden Reichs-

erratur hingewiesen hätten, ebenso habe Herr v. Raab die Ausichtslosigkeit einer Reichsdiktatur von Bayern aus betont und erklärt, daß er gegen jeden, der aus sich selbst heraus einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen suche, mit Waffengewalt vorgehen werde. Die Bedrohung mit der Waffe im Bürgerbräuereis sei nachträglich erfolgt.

Reichstagsabgeordneter v. Graf-Goldebeck, der Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, der im „Deutschen Tageblatt“ bekennt, daß er eigens nach München gerufen wurde, um an der Aktion teilzunehmen, hat an den Vorgängen im Bürgerbräuereis teilgenommen. Er bestätigt Ludendorffs Angabe, daß bereits einige Tage vorher und zuletzt am 8. November nachmittags in gemeinsamen Besprechungen zwischen Ludendorff und Hitler einerseits und Lössow und Kahr andererseits diese beiden erklärt haben, daß sie mit den Zielen der Freiwirtschafts- und Nationalen Partei übereinstimmen und es für notwendig hielten, von München aus eine neue nationale Reichsregierung zu proklamieren und gegen Berlin zu marschieren, um diese durchzusetzen. Nur wollte Kahr sich den Termin für diese Aktion selbst vorbehalten und außerdem wünschte er, daß sich an dem neuen Kabinett möglichst auch Staatsmänner oder Politiker aus dem Norden beteiligten. Man hat sich gegenseitig „loyales Zusammenarbeiten“ zugesichert. Nach Seisers weiterer Mitteilung hat Hitler dann jedoch den Eindruck gewonnen, daß Kahr mit seinen Zusicherungen die Bundesbrüder nur hinhalten wollte, um ihre Pläne plötzlich durch eine Königs-Proklamation zu sabotieren. Herr v. Graf-Goldebeck hat auf Grund dieser Tatsachen den Herrn v. Raab des „Verrats und Verrats“ und charakterisiert das Verhalten des Kapitäns Eberhardt als „gleichfalls schändlich und traurig“.

## Zweikammersystem.

Man schreibt uns:

Die Ernennung des Bankdirektors Dr. Schacht zum Währungsminister zeigt neuerdings eine Schwäche, die unser Deutschland verfassungsgemäß hat. Es ist nämlich schwer, geeignete Kräfte aus der Wirtschaft dort heranzuziehen, wo das Reich sie braucht, und das nicht allein deshalb, weil, wie Dr. Stresemann mehrmals hervorgehoben hat, diese Kräfte sich zwar freiziehend verhalten, aber der Verantwortung verfahren, sondern auch deshalb, weil eine geeignete Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte verfassungsmäßig nicht gegeben ist. Daraus folgt das zweideutige Verhältnis gerade der bedeutendsten Wirtschaftsführer zur Politik, die Sonderrolle, die in sämtlichen bürgerlichen Mittelklassen die Vertreter der großen Wirtschaft spielen. Gerade in der Partei des Kanzlers sind es vielfach bestimmte Wirtschaftsveterane, die gerade bei den letzten Krisen immer wieder hervortreten, ohne den politischen Anhang zu besitzen, der zu einem solchen Hervortreten berechtigt. Politischer Anhang und persönliche wirtschaftliche Bedeutung sind nämlich zweierlei, und es fehlt uns immer noch die Körperschaft, in der die individuelle wirtschaftliche Bedeutung dieser Bedeutung gemäß zur Geltung kommen kann, ohne sich politisch verfallen und im Parteileben eine zweideutige Rolle spielen zu müssen. Die politischen Parteien müssen sich auf Wählermassen stützen, und ein eigentlicher Vertreter von Wählermassen kann ein Wirtschaftsführer nicht sein, auch wenn er als Vertreter der Industrie auf die Liste einer Partei gesetzt wurde. Bleibt er Vertreter der Industrie, dann fehlt ihm die politische Resonanz und die Partei, der er angehört, leidet Schaden; wandelt er sich aber zum reinen Politiker, dann muß er darauf verzichten, Wirtschaftsführer praktisch zu sein.

Es wäre also gerade in unseren wirtschaftlich so komplizierten Lande richtig, verfassungsmäßig die politische Vertretung von der Interessensvertretung, deren Berechtigung niemand abstreiten will, zu trennen. Man hätte damit eine Reinigung des politischen Lebens vorgenommen. Der ersten Kammer, die nur auf politische Programme hin möglichst ohne Rücksicht bei persönlicher Verantwortung jedes Abgeordneten vor einem freien Wahlfreies zu wählen wäre, hätte man dann eine Art Senat als zweite Kammer beizufügen, in der nicht politische und nicht nach Klassen, sondern nach der individuellen Milderung der Stunde und nach dem Gewicht der Personen eine Vertretung von Interessen geschaffen würde. Dann hätte die Wirtschaft ihre ideale Stelle,

wo sie ihrer Milderung und der Bedeutung ihrer Führer entsprechend zu Wort kommen könnte, wobei das Verhältnis der politischen Kammer zum Senat etwa zu regeln wäre wie in England das Verhältnis von Unter- und Oberhaus zum Wohle des Ganzen geregelt ist. Die politische Kammer müßte ein gewisses Vorrecht vor der anderen haben, die gegen einen längere Zeit hindurch sich behauptenden politischen Willen der Volksmehrheit nur einmal veto einlegen dürfte. Praktisch gesprochen, müßte also die Einrichtung des Reichswirtschaftsrats so geändert und umorganisiert werden, daß aus ihm der Senat zur Volkskammer des Reichstags entstehen könnte.

## Deutsche Worte an der Saar.

Die Lage in unserer engeren Heimat, im Saargebiet, lautete das Thema, das in einer großen Versammlung des Kartells der katholischen Vereine St. Ingberts Abgeordneter Herr Wilhelm Wehrden in fast zweistündigen Ausführungen behandelte. Er führte u. a. aus:

Das Saargebiet ist geschaffen durch den Versailler Friedensvertrag, der aber keinen Frieden, sondern nur neuen Streit und Raub in die Welt gebracht hat, schlimmer als jemals. Deutschland mußte den Vertrag unterschreiben, weil keine andere Wahl mehr war. Wir haben keinen Putschgedanken! Dafür ist das Saarvolf zu friedlich gestimmt. Der Saarländer ist froh, wenn er seine Familie ernähren und für sie sorgen kann. Da hat er keine Gedanken des Hasses und der Rache. Das katholische Volk will in Ruhe gelassen werden und seiner Arbeit nachgehen! Wir stehen bis 1935 unter dem Völkerbund, und dann wird es sich zeigen, daß wir gute Deutsche, gute Bayern und Preußen sind. Und wäre die Regierungskommission, was sie nach dem Willen des Völkerbundes sein soll, eine wirklich neutrale Regierung, dann wäre kein Kampf und kein Streit im Saargebiet und die politischen Wogen würden nicht so hoch gehen, wie es jetzt tatsächlich im Saargebiet der Fall ist. Man lasse uns, was Vater und Mutter uns gelehrt haben, unsere deutsche Gesinnung, dann ist Frieden! Aber die Regierung ist nicht so neutral, wie wir es erwarten dürften. Sie bewegt sich offensichtlich im französischen Fahrwasser, und dagegen müssen wir uns wehren! Das ist nicht Revolution, nicht Hag, nicht Nationalismus, sondern ist für uns heilige Pflicht. Das gilt insbesondere für den Landesrat, der die religiösen, politischen, deutschen und sozialen Interessen des Volkes zu vertreten hat. Wir sind nicht, was man uns immer vorwirft, Nationalisten und Chauvinisten, nein, wir sind ehrliche Deutsche, und was deutsch ist, das bestimmen wir, keine Franzosen und keine Französlinge! Diese deutsche Art zu erbalten, ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. Wir haben unsere deutsche Sprache, deutsche Kultur und Literatur, die wir gar nicht abstreifen können. Der Franzose hat nur vor dem Weipelt, der Charakter hat, und wenn wir bei ihm nicht in Betracht kommen wollen, dann sorgen wir dafür, daß wir Charakter haben und uns nicht für alles gebrauchen lassen!

Wir müssen uns ferner wehren gegen den Gedanken der Abtrennung von unseren Landsleuten Decker und Trier. Seit Jahren sind diese Bestrebungen im Gange und man möchte insbesondere gern den heiligen Stuhl dafür gewinnen. Aber wir sind katholisch, und katholisch heißt treu sein, treu der Kirche, dem Glauben, dem Bischof und dem Vaterland! Das gehört zusammen. So lange es an uns liegt, werden wir niemals die Hand für eine Loslösung bieten.

Wir müssen uns auch wehren gegen die französische Schule. Frankreich hat viele Mittel, das Saarvolf an sich zu ziehen, besonders wirtschaftliche Vorteile, ein gefährliches Mittel. Es hat auch ein kulturelles Mittel, und das ist die französische Schule. „Sie ist doch konfessionell“ wird uns gesagt. Darauf ist zu sagen: Und wenn sie noch so konfessionell wäre, so ist und bleibt sie eine Auslandsschule, und zwar eine französische Staatsschule. Zur Erlernung der französischen Sprache ist auch in unseren deutschen Schulen Gelegenheit geboten. Im übrigen waren wir doch zuerst hier! Wer sich da mit uns verständigen will, der soll uns doch nicht veranlassen wollen, zuerst eine andere Sprache zu erlernen!

Daß Frankreich zurzeit die Saargebiete ausbeutet, dazu ist es nach dem Versailler Vertrag berechtigt. Aber daß das Saarvolf auch geistig und politisch Frankreich unterworfen werden soll, dagegen müssen wir Front machen. Man darf die Bergarbeiter und die Menschenfelle nicht verwechseln mit den Kohlen. Ein guter Saarländer muß gerade in diesen Punkten

auch ein guter Deutscher sein, sonst ist er, nicht zu leicht in den Augen der Franzosen, eine erbärmliche Figur.

### Das Schicksal des Rhein- und Ruhrgebietes.

Berlin, 14. Nov. Wie die T. L. erzählt, fanden am Dienstag vormittag Besprechungen in der Reichskanzlei statt, an denen die Reichsregierung, die Ministerpräsidenten der Länder, deren Gebiete zum Teil besetzt sind, und Vertreter des besetzten Gebietes teilnahmen. Die Besprechungen dauerten mit einer kurzen Unterbrechung von gegen 11 Uhr vormittags bis 4 1/2 Uhr nachts. Die Reichsregierung legte ihren Standpunkt eingehend dar. Im gemeinsamen Zusammenwirken mit den Wirtschaftsverbänden hatte sie versucht, die Arbeit im besetzten Gebiet wieder in Gang zu bringen. Dank der französischen Behinderungspositionen wären die Bemühungen der Reichsregierung gescheitert. Die Zahl der Erwerbslosen wäre auf 2 Millionen gestiegen, bei einer Erwerbslosenzahl von 700 000 im übrigen Deutschland. Infolge der katastrophalen finanziellen Lage des Reiches vertrat die Reichsregierung den Standpunkt, daß über einen sehr nahegelegenen Termin hinaus weitere Zahlungen an die Erwerbslosen im besetzten Gebiet nicht erfolgen könnten. Neben diesen unproduktiven Zahlungen müßten die Mittel für die produktiven normalen Zahlungen aufgebracht werden und für die ungeheure Zahl von Kurzarbeitern, die ständig im Wachsen begriffen sei. Ob diese sogenannten produktiven Leistungen auf die Dauer fortgesetzt werden könnten, hängt 1. von der Möglichkeit ab, die Geldmittel in das besetzte Gebiet hereinzubringen und 2. von der Frage, ob und inwieweit die Okkupationsmächte es der Reichsregierung ermöglichen, Einnahmen aus dem besetzten Gebiet einzutreiben. Die Papiermarkt wäre tot. Im unbesetzten Deutschland könnten wenigstens mit ihr noch die Ausgaben für den täglichen Lebensunterhalt bestritten werden. Im besetzten Gebiet hätte sie dagegen fast jeglichen Wert verloren. Bei der Einführung der Rentenmark beabsichtige die Regierung, die Rentenpreise stillzulegen. Der Erfolg dieser Maßnahme wäre illusorisch, wenn die Rentenmark, deren Einführung im besetzten Gebiet von den Okkupationsbehörden vorläufig abgelehnt worden sei, dort in dem Chaos der wirtschaftlichen Verhältnisse verschwände. Von dem Reichsfinanzministerium wären für die nächsten zehn Tage nach Einführung der Rentenmark die Zahlungen für die Erwerbslosen im besetzten Gebiet auf 85 bis 100 Millionen Goldmark angesetzt worden. Die Schätzung des Reichsarbeitsministers gehe hierüber noch weiter hinaus, so daß die Vermutung nahelege, daß in kürzester Zeit der gesamte Vorrat an Rentenmark in das besetzte Gebiet für die Zahlungen an die Erwerbslosen abzuwandern würde. Dasselbe Bild ergebe sich für die Dauer, wenn die Regierung die legalen produktiven Zahlungen fortsetze. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erörtert die Regierung, was nach Einstellung der Zahlungen an das besetzte Gebiet in Zukunft geschehen könne. Sie vertrat den Standpunkt, daß es sich im Rhein- und Ruhrgebiet um eine tatsächliche Okkupation durch Frankreich und Belgien handle, die es den verfassungsmäßigen Regierungen unmöglich mache, ihre Hoheitsrechte auszuführen. Eine Legalisierung der von den Okkupationsmächten geschaffenen Lage kann nach Anschauung der Reichsregierung unter keinen Umständen in Frage kommen. Deshalb könne die Reichsregierung einer Abtretung der Hoheitsrechte, wenn auch nur für kurze Zeit, in keinem Fall zustimmen, die unweigerlich zu einer völligen Lösung des Rhein- und Ruhrgebietes führen würde. Die Vertreter der Länder und des besetzten Gebietes traten in vollem Umfang der Reichsregierung bei. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

### Neues vom Tage.

Diese Woche keine Reichstagsitzung.

Berlin, 14. Nov. Der Plan, noch in dieser Woche eine Plenarsitzung des Reichstages stattfinden zu lassen, ist fallen gelassen worden. Der Reichstentat des Reichstages wird wahrscheinlich erst am Freitag zusammenzutreten, so daß mit einer Plenarsitzung frühestens für Anfang der nächsten Woche zu rechnen wäre.

Keine Preisgabe der Rheinlande.

Berlin, 14. Nov. Ueber die Sitzung des Reichskabinetts, die der Rheinlandsfrage gewidmet war, wird folgende Erklärung veröffentlicht: Gegenüber vielfach namentlich im Ausland verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen rheinischen Republik bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für sie jede Diskussion über die Veränderung des staatsrechtlichen Verhältnisses von Rhein und Ruhr zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals eine Ermächtigung zur Ausrufung der Rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis des Rheinlandes zu den Ländern wie für jede Aenderung dieses Verhältnisses kann nur die deutsche Reichsverfassung maßgebend sein.

Goldtarife bei Eisenbahn und Post.

Berlin, 14. Nov. Mit der Umstellung der Post und Eisenbahn auf Goldwährung werden gewisse Abschläge eintreten. So werden die Kilometerfahrgehalte 2. und 1. Klasse im Reichsbahnverkehr vom 1. Dezember ab von 9,9 und 19,8 auf 6,6 und 13,2 Pfg. herabgesetzt. Auch werden die Schnellzugzuschläge in der 2. und 1. Wagenklasse ermäßigt. Das Zahlenverhältnis der Preise der einzelnen Klassen, das heute 1 zu 1 1/2 zu 4,1 zu 9,7 beträgt, wird dann 1 zu 1 1/2 zu 3 zu 6 betragen. Der Gepäcktarif wird nach dem um 30 Prozent erhöhten Eiguttarif berechnet. Als Mindestfracht werden 20 Pfg. berechnet. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen.

Bei der Post werden ab 15. November die Fernsprech- und Telegraphengebühren durch Bervielfältigung der Grundbeträge mit dem am Zahlungstag geltenden Umrrechnungsfuß für Steuern ermittelt. Die Grundbeträge sind: Bortgebühren für ein Telegramm im Ortsverkehr 3 Pfg., für ein Ferntelegramm 10 Pfg., für ein Ortsgespräch Grundbetrag 10 Pfg. Ein Ferngespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer kostet bei einer Entfernung von 5 Kilometern 10 Pfg., 5-15 Kilometern 20 Pfg., 15-25 Kilometern 30 Pfg., 25-50 Kilometern 60 Pfg., 50-100 Kilometern 90 Pfg. Darüber hinaus kosten jede angefangene hundert Kilometer 30 Pfg. mehr. Dringende Ferngespräche kosten das Dreifache, Blüßgespräche das Hundertfache der Fernsprechgebühren für ein gewöhnliches Gespräch.

Verstärkung des Buchdruckerstreiks.

Berlin, 14. Nov. Am Dienstag nachmittag fanden erneut Besprechungen im Arbeitsministerium mit dem Ziel der Beilegung des Buchdruckerstreiks statt. Die Verhandlungen fanden kein Ergebnis. Gleichzeitig verkündete, daß die streikenden Buchdrucker sich mit den Funktionären der Gas- und Elektrizitätswirtschaft wegen eines Sympathiestreiks in Verbindung gesetzt haben mit dem Zweck, den Rotenbetrieb der Reichsdruckerei und andere Rotendruckereien lahmzulegen. Die Technische Rothilfe ist zum Rotendruck aufgefordert worden und kommt entsprechend dem Ansinnen der Reichsdruckerei zum Einsatz. Sie stellt dem Betrieb sachlich geschultes und diszipliniertes Personal zur Verfügung. Bis jetzt sind 400 Rothelfer, größtenteils Fachkräfte, eingesetzt, die mit der Herstellung von Papier- und Rentenmark beschäftigt sind.

Zum Abkommen über die Eisenbahnen.

Berlin, 14. Nov. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Meinung des „Journal“ aus Düsseldorf über die Verhandlungen zwischen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums ist teils ungenau, teils falsch. Die Frage der deutschen Eisenbahn in der englischen Zone ist bei den Verhandlungen mit keinem Wort erwähnt worden. Die angelegte Unterstellung der Reichsbahndirektion Köln unter die Eisenbahnregie ist erfinden. In Düsseldorf handelt es sich darum, im Hinblick auf die außerordentliche Wichtigkeit der Wiederannahme des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet eine Verständigung zwischen den Eisenbahnen des unbesetzten Deutschland und den Bahnen des besetzten Deutschland anzubahnen. In diesem Zweck wurde ein Rahmenabkommen zwischen zuständigen deutschen und französischen Stellen getroffen, das durch weitere Verhandlungen in Mainz erst auszufüllen ist.

Verlegung des Pfälzer Regierungssitzes.

München, 14. Nov. Nachdem die Separatisten in der Pfalz sich nunmehr mit Hilfe der Franzosen in den Besitz des Regierungsgebäudes in Speyer gesetzt haben, werden die Regierungsgeschäfte in der Pfalz von einem anderen Ort aus geleitet werden. Einstweilen dürfen daher keine Briefe an die Regierung in Speyer gesandt werden, weil sie in die Hände der Franzosen fallen könnten.

Abmachungen der chemischen Industrie?

Frankfurt, 14. Nov. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet: Ueber die zwischen den französischen Besatzungsbehörden und Vertretern der chemischen Industrie des besetzten Gebietes abgeschlossenen Vereinbarungen meldet ein halbamtlicher Bericht aus Paris, daß die Industrie sich verpflichtet habe, die Wiederherstellungslieferungen unverzüglich und ohne Verzögerung durch die Verbündeten wieder aufzunehmen. Sie habe die Verpflichtung übernommen, sich den Anweisungen der Rheinlandkommission zu fügen und deren Bestimmungen für die Ausführungsgenehmigungen und die Zollbestimmungen anzuerkennen. Die von den Besatzungsbehörden beschlagnahmten Warenvorräte gelte als endgültig verfallen.

Wilson sagt an.

London, 14. Nov. Reuter übermittelt aus Washington u. a. folgende Stelle aus der Rede des ehemaligen Präsidenten Wilson am Jahrestage des Waffenstillstandes: „Daß die Vereinigten Staaten durch ihre Isolierungspolitik nach dem Kriege in einer der kritischsten Perioden der Geschichte der Menschheit und Zivilisation ein derartiges Unrecht haben zulassen können, ist umso beklagenswerter, weil seit der Zurückziehung der Vereinigten Staaten aus Europa jedes weitere Jahr den Beweis liefert, daß die Dienste, die Amerika hätte leisten können, notwendig sind für den Wiederaufbau der alten Welt. Die Lage in Europa verschlechtert sich von Tag zu Tag, und als wollten sie den Ereignissen, die sich abspielten, die Krone aufsetzen, sind Frankreich und Belgien dahin gekommen, den Versailler Vertrag als einen Felsen zu betrachten. Wilson weist darauf hin, daß der gegenwärtige Stand der Dinge den Vereinigten Staaten Gelegenheit böte, die Vergangenheit wieder gut zu machen und schließt: Die einzige Art, zu beweisen, daß wir den ganzen Sinn des heutigen Jahrestages erfassen, besteht darin, daß wir einen Entschluß fassen, die persönlichen Interessen zurückzustellen und auf neue die großen Ideale und Ziele der internationalen Politik aufzurichten und diesen Grundfragen gemäß zu handeln. So und nur so allein kommen wir zur wahren Tradition zurück.“

Frankreich droht mit Sanktionen.

Paris, 14. Nov. Die Völkervereinigung ist Mittwoch früh zur Fortsetzung ihrer Verhandlungen über die Militärkontrolle in Deutschland, sowie die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland wies-

### Leserbrief.

Bei deinem Willen Herr und meines Gewissens Knecht.  
R. v. Ebner-Eschenbach.

### Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(25) (Nachdruck verboten.)

Als man sich spät am Nachmittag trennt — die Wädhelchen fahren gleich vom Wiesenwirt aus fort — steigt sich, daß Hans fehlt. Lois erklärt verstimmt, daß er sich schon Stunden zuvor „gedrückt“ habe, ohne ihr auch nur „Behüt Gott“ zu sagen.

Inzwischen steht Hans mit dem alten Basti im Beckengeschuppen und bespricht die Arbeit der nächsten Tage.

Pippi, Seferl und Kathl hat er auch gleich aus dem Wirtshaus mit heimgenommen und alle in die große Stube geführt. Dort unter dem Hausaltar am schweren Eichentisch, wo bisher des Verbauers Platz gewesen ist, hat er sich hingestellt und alle vier der Reihe nach angeschaut.

Dann hat er mit ernster Stimme folgendes gesprochen: „Durchgeheht hab ich's, daß sie uns den Hof lassen. Jetzt möcht' ich euch halt fragen: Leutn, ob ihr das Putrauen zu mir habt wie zum Vater und mir rechtschaffen helfen wollt, ihn zu halten und schuldlos frei zu machen?“

„Halt ja wollen wir's!“ antworteten alle vier.

„Harte Arbeit wird's geben,“ fährt Hans fort, „dann leicht sein, daß wir später Feierabend machen als die Nachbarn und eine Stunde früher aufstehen müssen. Anders kann ich mit dir nicht helfen.“

„Wir sind's zufrieden.“

„Ist recht. Nachher wollen wir also friedsam weiterhau'n miteinander. Und jetzt tut's euch halt wieder an die Arbeit machen. Du, Basti, komm mit mir, daß wir uns bereden, was vorerst geschehen muß.“

### IX.

Sonntagstille liegt über den Höfen.

Scharf hebt sich die mit Reusfahne bedeckten Schropfen und Grate des Schneetars vom tiefblauen Herbsthimmel ab.

Auf den Wiesen, die schon einen gelblichen Schimmer zeigen, blüht der Enzian, über der holprigen Bergstraße leuchten Blutrot Bergholder und Vogelbeerdolden und seine Silbergepinde ziehen sich über den betauten Rasen, die gelben Jungbuchen und den Wacholder.

Herr und Gefinde vom Groß-Reicherhof sind zur Kirche ins Tal hinabgegangen. Dabeim ist nur die Beda, die hausblüht, weil ihr der Weg schier schon zu beschwerlich wird, und Kosel, die ihr Gesellschaft leistet.

Das abgebrannte „Stöckl“ ist schon wieder unter Dach. Im scharfen klaren Licht der Herbstsonne sehen die neuen Schindeln aus wie lichtgelbene Täfelchen und die versengten Lindenweige daneben nehmen sich doppelt traurig und armselig aus.

Auch sonst ist manches dahin im Groß-Reicherhof seit jener Brandnacht. Die Kosel hat das Lachen verloren und die Alte beinahe das Gehen.

Wenn's recht gnädig umgeht in Küche und Keller, wie kürzlich nach dem Haberchnitt, wo die Erntetrapsen gebadet werden mußten und sonst noch allerlei Gutes, da schlägt sie wohl oft zornig an ihre dünnen Beine.

„War nimmer tragen wollen sie mich, die widerspenstigen Rader! Jetzt weiß ich frei nit, war's der Schreck oder die Hip, die in sie gefahren ist dazumal?“

Auch der Groß-Reicher ist nicht mehr derselbe aufrechte Mann wie früher.

„'s Feuer hat unsern Bauern sein' Hamur verbrannt,“ sagt der Großknecht Marti, worauf dann Lenzi, der allweg lecke Halterbus, jedesmal naseweis bemerkt: „Altwel besser, dem Bauern sein' Hamur als seine Reßtrüben, denn woher lät uns denn die Alte sonst den Stersschüssel füllen?“

Wenn der Groß-Reicher mit seiner Schwester allein ist, dann wird nicht mehr wie sonst gemächlich über Wirtschaft- oder Geindegangelegenheiten gesprochen, sondern beide hüllen sich in feindliches Schweigen.

Bedrossen harrt dann der Bauer vor sich hin, wild und lärmend haust die Alte unter ihren Kochtöpfen herum, zuweisen einen giftigen Blick nach dem Bruder werfend.

Einmal, acht Tage nach dem Brand, hat ihn die Beos die „Bahrheit“ gesagt.

„Kannst gottswahrawastig stolz sein auf deine ditschädliche Gerechtigkeit, Titus!“ hat sie das Gespräch eingeleitet. „Kusst dein Kind glücklich zu machen und einem braven Burschen aus der Not zu helfen, freißt dich auf dem im Jörn geredetes Wort und machst uns alle unglücklich.“

Der Bauer stieß einen harten Lacher aus.

„Fangst jetzt du auch noch an? Ist mir schon der Durn ihr Geklenk zuwider genug. Was soll denn dich dabei ins Unglück bringen?“

„Gern hab ich den Buben und mit bloß, weil er mir's Leben gerettet hat, sondern weil er brav ist und deinem Hof mit verdient. Kein bessern Tochtermann kunnst du wünschen...“

„Ni jegerl!... Da wär' mir schon der erste best' brave Knecht lieber als der Sohn von der Verbürin!“

„Narr! Als ob der viel von seiner Mutter hätte! Tag und Nacht können nicht weiter auseinander sein. Hal er's etwa nit beweisen? Ist das nit brav von ihm, daß er sich abschindet für den verdammten Hof, bloß weil's seine Heimat ist? Hät's hundertmal leichter und besser im Dienst und zehn für einen nähmen ihn mit offenen Augen auf. Nur du nit. Du bist dir noch was ein auf dein' Rechtschaffenheit. Schämnen sollst dich!“

„Wäst nit warum.“

(Fortsetzung folgt.)

mengeitren. Wahrscheinlich wird die Sitzung abgebrochen. In Wirklichkeit ist zwischen England und Frankreich eine Einigung bisher nicht erzielt worden und es scheint in diesem Augenblick noch fraglich, ob sie zustande kommen wird. Frankreich hat vorgeschlagen, gegen die Vorkriegs-Rechnungen nach Deutschland Sanktionen zu unternehmen, die u. a. in der Blockierung von Hamburg und Bremen bestehen sollen. England erwiderte, dass ihm in dem Vertrag dazu keine Handhabe gegeben worden sei. Von einigen Seiten wird angekündigt, dass Frankreich heute, falls eine Einigung nicht zustande kommt, auf eigene Faust Sanktionen vorzunehmen gedenke, wahrscheinlich durch die Ausdehnung der Besetzung an den Bräntenköpfen, die sich angeblich auch aus verkehrstechnischen Gründen empfehlen soll.

Paris, 14. Nov. Der Konflikt in der Reparationskommission wird als sehr ernst angesehen. Man gibt sich keinerlei Illusionen darüber hin, dass durch die getriggerte „Offensive“ Sir John Braburns die Unvereinbarkeit des englisch-französischen Gegenjages vor aller Welt festgelegt wurde.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 15. November 1923.

**Verpätete Steuerzahlung und ihre Wirkung.** Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Welche Wirkung die Verpätung von Steuerzahlung hat, zeigen folgende Beispiele: A hatte für den Monat Oktober aus einem Umsatz von 1500 Milliarden Mark eine Umsatzsteuer von 30 Milliarden zu bezahlen und hatte Gelegenheit, dieselbe im einfachen Papiermarkbetrag bis spätestens 7. November 1923 an die Finanzkasse zu entrichten (vergl. die Bekanntmachung in der Schwarzwälder Tageszeitung vom 3. ds. Mts. und im Geschäftsblätter vom 5. ds. Mts.). Nun bezahlte der Steuerpflichtige erst am 8. November, also einen Tag zu spät. Es tritt deshalb die Goldumrechnung ein, d. h. der Steuerbetrag von ursprünglich 30 Milliarden wird aufgewertet wie folgt: Umrechnung auf Goldmarktschulden am 21. Oktober 1923 (Tag der Entziehung der Schuld) bei einem damaligen Goldumrechnungssatz von 15 Milliarden Mark ergibt 2 Goldmark, Zahlung erfolgte am 8. November bei einem Goldumrechnungssatz von 150 Milliarden für eine Goldmark. Es sind somit am 8. November statt ursprünglich 30 Milliarden  $2 \times 150$  Milliarden = 300 Milliarden zu entrichten. (Am 14. November sind bereits bei einem Goldumrechnungssatz von 200 Milliarden  $2 \times 200$  Milliarden = 400 Milliarden Papiermark zu bezahlen zur Tilgung der Umsatzsteuerschuld für Oktober mit ursprünglich 30 Milliarden Papiermark!) Wer also erst nach Ablauf der Schonfrist (von 1 Woche bei Umsatzsteuer) also erst am 8. November oder später bezahlt, unterliegt der Goldaufwertung. — B hat die am 5. Oktober 1923 verfallene Rate der Rhein- und Ruhr-Abgabe mit 3600 Millionen Mark erst am 14. November 1923 bezahlt: Goldumrechnungssatz am 5. Oktober 36 Millionen Mark ergibt eine Schuld von 100 Goldmark, Zahlung erfolgte am 14. November bei einem Goldumrechnungssatz von 200 Milliarden für eine Goldmark, ergibt einen Papiermarkbetrag von  $100 \times 200$  Milliarden = 20 Billionen Mark. Daneben sind j. B. A und B je 5% Verzugszinsen aus dem Goldmarkbetrag vom Tag der Fälligkeit an zu entrichten, also bei monatlicher Zahlungspflicht von Umsatzsteuer vom 10. November an und bei Rhein-Ruhrabgabe vom 6. Oktober 1923 an. — Die Aufwertungsverordnung ist am 14. Oktober 1923 in Kraft getreten und auf sämtliche Reichsschulden anzuwenden, die seit dem 1. Januar 1923 entstanden sind. Nicht aufzuwerten sind die nach den Durchführungsbestimmungen als „Kleinbeträge“ bezeichneten geringfügigen Beträge. Bei Nachforderungen von Steuern auf Grund von Steuerzuzwiderhandlungen werden auch Schulden aus früheren Jahren aufgewertet ebenso Nachforderungen auf Grund neuer Tatsachen oder Beweismittel. Die Schonfrist, während deren die Schuld noch zu dem ursprünglichen Papiermarkbetrage getilgt werden kann, wird von dem — zu den einzelnen Steuerschulden besonders bezeichneten — Stichtage an gerechnet, wobei der Stichtag selbst nicht mitgezählt wird. Ueber die Dauer der Schonfrist bei den einzelnen Steuerarten gibt das Finanzamt Aufschluss.

— **Gege die Goldmarkten:** In einem gewissen Zusammenhange mit der Stützungsaktion für die Mark trat in letzter Zeit eine scharfe Werteverminderung aller Waren auf Goldmarkbasis hervor. Es besteht in weiten Kreisen die Befürchtung, dass diese Tendenz, die schon eine starke Angleichung an die ausländischen Marktkurse darstellt, noch weiter steigen wird, wenn die Reichsbank die Devisenkurse an der Berliner Börse heraufsetzt. Diese erneute Steigerung wäre natürlich in den meisten Fällen ungerechtfertigt, da die Preise größtenteils schon die eigentliche Goldparität weit überschritten haben. Aus diesem Grunde hat sich, wie wir schon in der „Deutsche Handelsdienst“ erwähnt, das Reichswirtschaftsministerium mit einem eindringlichen Rundschreiben an die Länder gewandt und auch Besprechungen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft in die Wege geleitet, um Preistreiberien auf Goldmarkbasis zu verhindern.

— **Auswanderung von weiblichem Hauspersonal.** Neuerdings wandert wieder weibliches deutsches Hauspersonal, angezogen durch den günstigen Stand der ausländischen Saluta, in zunehmendem Maße nach dem Ausland, insbesondere nach Holland, aus. Es sei deshalb erneut darauf hingewiesen, dass zurzeit gerade in Holland, wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ein Ueberangebot von weiblichem Hauspersonal besteht.

— **Die Beamtenbezüge im 3. Novemberdritte.** Die Bezüge für die Beamten der Reichsregierung sind für das 3. Novemberdritte vorläufig auf 30 Millionen festgesetzt worden. Die Kassenscheine wurden unan-

gen, da Bezüge mit größter Verspätung, jedoch nicht vor Freitag, 16. Nov., auszuholen.

— **Beschleunigung des ortsfestlichen Umlageverfahrens.** Durch eine Verfügung des Reichsministeriums wird das ortsfestliche Umlageverfahren vereinfacht, um bei der schnellen Geldentwertung die Beschleunigung der Umlageerhebung zu ermöglichen. Die Verfügung hebt die bisherigen Bestimmungen außer Kraft, wonach über die Umlagebeschlüsse die bürgerliche Gemeinde zu hören war. Die staatliche Genehmigung der Umlagen wird den Oberämtern übertragen. Soweit nur der Papiermarkbetrag einer für 1923 genehmigten Umlage wegen der Abänderung des Geldwerts erhöht oder ergänzt werden soll, ist eine weitere staatliche Genehmigung nicht mehr erforderlich. Der Maßstab, nach dem der Umlagebedarf der Gemeinde auf die Kirchengenossen verteilt werden soll, ist wie bisher der Kirchengemeinde mit Genehmigung des Oberamts überlassen. Die Umstellung des Maßstabs auf die Reichseinkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 ist durch die Vorschrift erleichtert, dass der Uebergang zu diesem Maßstab der Genehmigung des Oberamts nicht bedarf. Die Kirchengemeinden können mit Genehmigung des Oberamts auch Umlagen auf wertbeständiger Grundlage erheben.

Stuttgart, 14. Nov. (Beschlagnahme) Die Mitwoodnummer der „Südd. Arbeiterzeitung“ wurde im Auftrag des Militärbehörden wegen eines die Reichswehr beschimpfenden Artikels beschlagnahmt.

Schlechte Milchversorgung. Die Milchlieferung nach Stuttgart geht neuerdings wieder mehr und mehr zurück. Seit einigen Tagen ist sie so gering, dass nur Kinder bis zu zwei Jahren mit Milch versorgt werden können, dagegen für Kinder bis zu vier Jahren nur ab und zu etwas übrig bleibt und Kranke und alte Leute ganz leer ausgehen müssen.

Preissteigerung. Das Fleisch, das am Mittwoch früh durchschnittlich um 100 Milliarden das Pfund in die Höhe ging, das Brot gleichfalls beträchtlich gestiegen ist (ein Kilo Brot 80 Ma), und der Gaspreis, der um ein Drittel erhöht wurde, muß infolge der neuen Marktentwertung entsprechend steigen. Alles übrige geht mit schon in der Milliardenrechnung zum Kleingeld geworden.

Mißglückte Preistreiberie. Das Polizeipreisdirektorium Stuttgart teilt mit: Um den Wucherpreis von 13282 Goldmark wollte der Schaafhalter Emil Friedrich von Untergröningen 231 Schlachthämmer an den Händler Karl Schmid von Fredenfeld (Rheinpfalz) verkaufen. Da ein solcher Preis auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt nicht zu erzielen war, zumal Friedrich die Zahlung in wertbeständigem Geld zur Bedingung machte, sollten die württembergischen Hämmer ihr Leben im besetzten Gebiet beschließen. Das Wucheramt hat dem Fr. jedoch die Sorge um das wertbeständige Geld abgenommen und wegen Preistreiberie und Forderung wertbeständiger Zahlungsmittel die Hämmer beschlagnahmt. Wiesbaden, 14. Nov. (Verhaftungen.) In Bisingen sind am letzten Sonntag, wie die „Südd. Arbeiterzeitung“ meldet, 19 Kommunisten verhaftet worden.

Wöppingen, 14. Nov. (Finanzminister Dr. Schall zur Lage.) In einer demokratischen Parteiverammlung sprachen Finanzminister Schall und Johannes Fischer über die politische Lage. Ersterer beleuchtete eingehend die Haltung Württembergs im Blick auf die bayerischen Vorgänge. (Näherer Bericht folgt.)

Schramberg, 14. Nov. (Eine Polizeiaktion.) Von zutändiger Seite wird mitgeteilt: Wie in Schwaben, so hatte die Kriminalpolizei auch in Schramberg eine Reihe von Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen. Es wurde dabei von einer Abteilung staatlicher Schuttpolizei, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag nach Schramberg einmarschiert worden war, unterstützt. Bei elf Mitgliedern der R.P.D. wurden Hausdurchsuchungen abgehalten. Dabei konnten einige Schusswaffen und wichtiges schriftliches Material beschlagnahmt werden. Neun Personen wurden in Schutzhäuser genommen und zunächst nach dem Rathaus verbracht. Ueber die Mittagsstunden sammelte sich vor dem Rathaus eine erregte Menschenmenge, die mit der Diebwaaffe zerstreut werden konnte. Im übrigen verlief die ganze Aktion ohne Zwischenfall. Die Arbeit wurde nirgends unter-

### Aufruf der Württemberger Demokraten.

Der Landesvorstand der Deutschen demokratischen Partei Württembergs erläßt folgenden Aufruf:

Schwaben!

Ruchloses Spiel drohte dem deutschen Volk schwere Erschütterung zu bereiten! Hitlers wackelndem Größenwahn und Ludendorffs hochveralteter Ehrgeiz rüsten beide auf ewig vor der deutschen Geschichte. Der handelt nicht national, der sein Vaterland dem Bürgerkrieg preisgibt, wenn der Feind im Lande steht. Der eine „starke Mann“ entfloß, der andere hat sich politisch selbst erledigt. Schwaben, das sind nicht die „starken Männer“, die wir brauchen!

Verzicht auf politischer Streit und Erschwerung der Lösung der Wirtschaftsprobleme sind das Ergebnis der Politik in der „Debnungszelle“!

Noch steht uns Schweres bevor. Wadham, entschlossen und operativ stehen wir hinter der Politik der württembergischen Regierung, die das Reich erhalten, die Befreiung wahren will.

Schwaben, um alles geht es in diesen Tagen! Um die Heimat, die uns blieb! Um Deutschland! Folgt unserer Führung!

## Münchener Chronik.

München, 14. Nov. Generalkommissar v. Raft tritt Gerüchten entgegen, wonach Hitler bereits vor ein Standgericht gestellt worden sei und erschossen werden solle. Für alle bisher schwebenden Verfahren, heißt es in der halbamtlichen Verlautbarung, sei das Volksgesetz zuständig.

General Ludendorff hatte erklärt, daß er sich zur Haft stellen werde. Da er am Nachmittag bei der Beerdigung seines bei dem Putz gefallenen Dieners in Solin (in Generalsuniform) antosend war, ist anzunehmen, daß das Verbot seiner Beteiligung an der Beerdigung doch zurückgenommen wurde. Bei der Beerdigung sprach Ludendorff Worte der Anerkennung für die Treue und den Mut seines Dieners, der mit sechzehn Jahren bereits ins Feld ging und seit der Revolution bei ihm in Stellung war. Der Wortlaut von Ludendorffs Erklärung, die er dem Staatsanwalt bei seiner Haftentlassung gegeben hat, ist folgender: „Ich versichere gegen Ehrenwort, daß ich ohne Zustimmung des ersten Staatsanwalts beim Landgericht München I meinen Aufenthalt nicht wechseln werde. Ich versichere weiterhin gegen Ehrenwort, daß ich mich bis zur Erledigung dieses Strafverfahrens an keiner politischen Bewegung beteiligen werde, die den gewalttätigen Umsturz der Regierung des Landes oder Reichs zum Ziele hat.“

München, 14. Nov. Da die Erregung in der Studentenschaft der Münchener Hochschulen ungeswächt andauert, hat in der Universität eine große Studentenversammlung stattgefunden. Die Redatoren der Universität und der Technischen Hochschule sprachen beruhigend auf die Studentenschaft ein, ohne einen ersichtlichen Erfolg. Beim Verlassen der Universität stießen die Studenten gerade auf ein Bataillon Reichswehr, wobei es zu Beschimpfungen kam. Die Vorlesungen der Universität sind bis auf weiteres eingestellt.

München, 14. Nov. Es wird das Gerücht verbreitet, daß Kardinal Faulhaber für Herrn v. Raft und gegen Hitler Partei ergriffen habe. Der Kardinal habe an die Geistlichkeit ein Rundschreiben des Inhalts geschickt, daß das Volk zu Gunsten des Herrn v. Raft beeinflusst werden solle. Von maßgebender Stelle wird erklärt, daß alle diese Behauptungen auf böswilliger Erfindung beruhen. Man konnte bereits auf den Straßen verjüngere Schmährufe auf den Kardinal vernahmen.

Dieses schmähliche Treiben, so schreibt die „M. P.“, wird übrigens gegen den Akkus im allgemeinen bekämpft. Seitdem der „Südd. Beobachter“ das Schlagwort von der „Schwarzen Internationale“ in die Massen geworfen hat, zeigt sich in der Nationalsozialistischen Partei eine ausgesprochene Kulturkämpferische Stimmung. So wurden am Freitag und Samstag verschiedene Geistliche von Demonstranten beschimpft. Die unsinnigsten Gerüchte über Geistliche werden zu offenkundiger Verheerung ausgesprengt. Wer es wagt, solchen Gerüchten entgegenzutreten, läuft Gefahr, tatsächlich angegriffen zu werden.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Verbot des „Deutschen Tageblatts“. General von Seeckt hat bis auf weiteres das „Deutsche Tageblatt“, das in seiner Dienstagnummer die Reichswehr zur politischen Stellungnahme und zum Ungehorsam aufgefordert hat, verboten.

Kein Rücktritt. Die Meldungen über ein Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Geßler, der der demokratischen Partei angehört, sind aus der Luft gegriffen.

### Handel und Verkehr.

Amtl. Berliner Devisenkurse vom Mittwoch, 14. Nov. (Die Notierungen verstehen sich in Milliarden Mk.)

- 1 Dollar: Berlin 1,256,850 G., 1,263,150 Br.
- 1 Goldmark nach Berliner Mittelkurs 300 Milliarden (200 Ma.) Papiermark.
- 1 Goldmark nach Berliner Briefkurs 300,75 Milliarden (200,5 Ma.) Papiermark.
- Amsterdam 478,8 G., 481,2 Br.
- Brüssel 59,85 G., 60,15 Br.
- Christiania 181,545 G., 182,455 Br.
- Kopenhagen 215,46 G., 216,54 Br.
- Stockholm 381,17 G., 382,83 Br.
- Italien 53,865 G., 54,135 Br.
- London 5486,25 G., 5513,75 Br.
- Paris 69,825 G., 70,175 Br.
- Schweiz 219,45 G., 220,55 Br.
- Spanien 163,59 G., 164—41 Br.
- D.-Oesterreich 0,017955 G., 0,018045 Br.
- Prag 35,91 G., 36,09 Br.
- Buenos-Aires 399 G., 401 Br.
- Goldanleihe 1280.
- Dollarkurs liegt bis jetzt nicht vor.

### Wirtschaftszahlen vom Mittwoch:

- Wertbeständiges Geld:
  - 2,10 Goldmark = 680 Milliarden Papiermark
  - 1,05 " = 315 " "
  - 0,42 " = 136 " "
  - 0,21 " = 63 " "
- Umsatzumsatz f. Steuern u. Zölle (14. 11.) 200 Ma.
- Goldfranken (ab 8. Nov.) 1 Franken = 140 Ma.
- Goldankaufpreis 1 Rilo = 640 Dollar.
- Silberankaufpreis (ab 12. Nov.) 150 Milliardenfach.
- Lebenshaltungszähler (5. Nov.) 98,5 Ma.
- Lebensmittel (Großhandel 5. Nov.) 113,5 Ma.
- Stuttgarter Index (12. Nov.) 153,218 Ma.
- Buchhändlergeschäftszahl (ab 14. Nov.) 215 Ma.
- Bauhändlergeschäftszahl (ab 14. Nov.) 15 Ma.
- Zeitungsanzeigengeschäftszahl (14. 11.) 500 Millionen.

Amtl. Berliner Produktnotierungen vom 14. Nov. Weizen, unv. 101,5—210, fest; Roggen, unv. 159 bis 198, fest; Sommergerste, unv. 184,193, fest; Hafer, unv. 175—180, fest; in G.R. unv. 1000 kg. Weizen, unv. 182—247,5, fest; Roggen, unv. 160—210, fest.



Weizenmehl 8,40, Roggenmehl 4,90-5,20; Mehl  
Eiweißmehl 33-36; Weizenmehl 18-20; Geraballa  
1920 20-23; Rapskuchen 13-14; Trodenfischel 7,75  
bis 8; Torfmehle 7; Kartoffelmehl 13,5-16 in G.M.

**Weizenpreis.** Die Notierungen für Weizenmehl Spg. 0  
kneteten auf 8% Dollar pro Doppelzentner.

**Neues Eisenbahnnetz.** Die Reichsbahndirektion  
Stuttgart gibt nun auch Gutscheine zu 5 Millionen  
RM. aus, welche an allen Eisenbahn- und Poststellen  
als vollgültige Zahlungsmittel in Zahlung genommen  
werden.

**Stuttgarter Börse, 14. Nov.** Das Steigen des Dol-  
lars, der um ein Drittel in die Höhe gegangen ist,  
löste eine weitere starke Nachfrage nach Sachwerten  
aus. Die Folge davon war ein starkes Steigen der  
Kurse, welche ausgesprochen Sachwerte repräsentieren,  
während andere allerdings entweder gleich blieben oder  
gar etwas zurückgingen. Die Grundrenten aber war  
trotzdem fest. Bankaktien (in Billionen Prozent):  
Bereitsbank + 0,9. Der Maschinen- und Metallmarkt  
war mit Ausnahme von Messer, welche zu - 1 im-  
merhin noch stark gefragt waren, sehr fest. Fein-  
mechanik + 14, Daimler + 0,1, Metall und Radier  
+ 3, Württ. Metallwarenfabrik + 8. Spinnerien  
bei wenigem Material sehr gestiegen. Bad. Anilin  
+ 10, Messer + 0,4. Stuttgarter Straßenbahnen +  
0,1. Stuttgarter Zucker + 2/4. Dagegen Leinwand  
Konserve - 0,8. - Im Freiverkehr war die Stim-  
mung nicht ganz so fest wie im offiziellen Markt.  
Die Kurse waren mit wenigen Ausnahmen gegen-  
über den Montagkursen nur wenig verändert. Eine  
glänzende Einführung wurde den Neuenstädter Röhren-  
mitteln zu teil zu einem Kurse von 0,5, aber bis zu 1  
gestiegen.

**Oberndorf, 13. Nov.** Bei dem gestrigen Viehmarkt,  
der namentlich von auswärtigen Händlern stark besucht war,  
die jeden Preis zahlten, ist als merkwürdige Tatsache zu be-  
zeichnen, daß das Geld aus Stuttgart in zwei Automobilen  
herbeigeschafft wurde. Es wurde fast durchweg in wertbe-  
ständigem Geld bezahlt. Woher, so fragt mit Recht  
der „Schw. Bot“, bekommen denn diese Kreise das neue  
wertbeständige Geld, während Gehälter und Löhne fast durch-  
weg noch mit Papiermark befriedigt werden?

## Letzte Nachrichten.

### Die Ausgabe der Rentenmark.

**WTB. Berlin, 15. Nov.** Der Reichsfinanzminister Dr.  
Luther hat an die Deutsche Rentenbank folgendes Schreiben  
gerichtet: Auf Grund des § 47 der vorläufigen Durchfüh-  
rungsbestimmungen der Verordnung über die Errichtung der  
Deutschen Rentenbank ermächtige ich die Deutsche Renten-  
bank, am 15. Nov. d. J. mit der Ausgabe der Renten-  
bankcheine zu beginnen.

**Eine Interpellation der Sozialdemokratie.**  
**WTB. Berlin, 15. Nov.** Laut „Vorwärts“ hat die  
sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eine Interpellation  
eingebbracht, in der es heißt: Die hemmungslöse fortschrei-  
tende Zerrüttung der Finanzen des Reichs, der Länder und  
Kommunen und der daraus folgende Währungszerfall haben  
zu einer Störung in der Produktion, zu einer Anarchie in  
der Preisbildung und zu einer Unterbezahlung der Arbeits-  
kraft geführt, so daß eine Hungerkatastrophe in gefährlicher  
Nähe gerückt ist. Die Interpellanten haben deshalb an die  
Reichsregierung folgende Fragen gerichtet: Wie ist der augen-  
blickliche Stand der Reichsfinanzen? Wie gestaltet sich vor-  
aussichtlich der Etat für die nächsten Monate, in Gold-  
mark umgerechnet? Welche Maßnahmen hat die Regie-  
rung zur Beseitigung des Defizits ins Auge gefaßt?  
Stehen die zu treffenden Währungsmaßnahmen fest, insbe-  
sondere auch die Einlösung der Papiermark in einer wert-  
beständigen Anleihe oder in einem wertbeständigen Zahlung-  
smittel? Ist sichergestellt, daß die Reichsbank künftighin  
Kredite ausschließlich auf Goldbasis gibt? Wer trägt die  
Verantwortung für die Verschleuderung der Goldanleihe und  
die dadurch bewirkte Schädigung der Reichsfinanzen? Wel-  
che Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die  
durch die vergrößerte Zuteilung von Goldanleihefaktoren ent-  
standenen Preisgewinne für das Reich zu beschlagnehmen?

### Großzügige kommunistische Agitation.

**WTB. Berlin, 15. Nov.** Die „Deutsche Zeitung“  
meldet: Politische Nachforschungen, die im Zusammenhang  
mit der kürzlichen Verhaftung kommunistischer Karriere in  
Kottbus angestellt wurden, haben den Beweis dafür erbracht,  
daß eine großzügige kommunistische Agitation über das ganze  
Reich im Gange ist. Es konnte ermittelt werden, daß in  
Berlin eine besondere Zentrale für die Agitation eingerichtet  
ist. In dieser wurden von den Kriminalbeamten mehrere  
Personen festgenommen und wichtiges Geheimmaterial be-  
schlagnahmt, aus dem hervorgeht, daß auch die kommunisti-  
schen Abgeordneten Eberlein und Gesele in diese neue Be-  
wegung verwickelt sind.

### Ruhe in München.

**WTB. München, 15. Nov.** In der Landeshauptstadt  
ist die Ruhe wiedergekehrt. Es scheint sich auch die Auf-  
regung der Bevölkerung über die letzten Ereignisse gelegt zu  
haben, denn im Laufe des Dienstag und Mittwoch kamen  
Ansammlungen nicht mehr vor. Am Mittwoch Vormittag  
wurden weitere Opfer der Schießerei vor der Residenz zur  
Ruhe beigesetzt. Besonders groß war das Trauergeschehen bei  
der Verbrennung der Leiche des Mitarbeiters des „Völkischen  
Beobachters“, von Schaubner-Richter. Viele Offiziere, Stun-  
denten und Mitglieder der Nationalsozialistischen Sturmab-  
teilung waren erschienen. Am Sarge sprachen General Luden-  
dorff und der frühere Minister Roth. Durch Handauflegen  
auf den Sarg beteuerten die anwesenden Führer, unter denen

sich Kapitänleutnant Geyhardt befand, dezisionalloslich in  
Bewegung zum Siege zu verhelfen.

### Massenentlassungen im besetzten Gebiet.

**WTB. Berlin, 15. Nov.** Nach einer Meldung des  
„Vorwärts“ aus Bochum teilte ein Vertreter des Zehn-  
verbands bei einer Verhandlung der Vertreter des Reichs-  
verbands mit den Vertretern der Gewerkschaften der Arbeit-  
und Angestellten des westfälischen Bergbaus mit, daß sämt-  
lichen Arbeiter und Angestellten am 15. ds. Mts. entlassen  
bzw. gekündigt wurde, da die Zehnerbesitzer den finanziellen  
Leistungen nicht mehr nachkommen könnten. Auf der Rom-  
bacher Seite ist gestern bereits sämtlichen weiblichen und  
lebigen männlichen Personen zum 1. 12. 23 gekündigt worden.

### Ausgewiesen.

**WTB. München, 15. Nov.** Der stellvertretende Re-  
gierungspräsident in Sprer, Oberregierungsrat Nieber, ist  
ausgewiesen worden. Wie mitgeteilt wird, hat die neue se-  
paratistische Regierung dem Ausgewiesenen erklärt, daß die  
Ausweisung auf Befehl des Armeekommandos der Rhein-  
armee erfolgte.

### Zum Schutz der Separatisten Marokkos!

**WTB. München, 15. Nov.** Die Nachrichten der päp-  
stlichen Pressen lassen erkennen, daß die Separatisten von den  
Franzosen aus Bad Dürkheim abtransportiert worden sind.  
Es ist noch ein Kommando von 10-15 Mann in der Stadt  
zurückgeblieben, zu deren Schutz jetzt Marokkaner in Dürk-  
heim eingekerkert sind, während bisher keine französische Trup-  
pen in Dürkheim stationiert waren.

### England überreicht Frankreich eine Note über die separatistische Bewegung.

**WTB. Paris, 15. Nov.** Der englische Botschafter, Lord  
Crewe, hatte gestern Vormittag eine Unterredung mit Poin-  
care, in deren Verlauf er eine Note seiner Regierung betr.  
die separatistische Bewegung in den besetzten Gebieten über-  
reichte. Das Foreign Office hat bekanntlich jüngst die Auf-  
merksamkeit der französischen Regierung auf die Folgen juristi-  
scher Art gelenkt, die die separatistische Bewegung auf die  
Gültigkeit des Friedensvertrags haben könnte, wenn Staaten  
sich von Deutschland lösen würden. Die französische Re-  
gierung hatte geantwortet, daß die Alliierten in den Artikeln  
27 und 28 keine Garantien für die Grenzen des Reichs  
übernommen hätten. In ihrer gestrigen Antwortnote beharrt  
die englische Regierung jedoch auf ihrer These, die sie in sehr  
langen Ausführungen juristisch begründet. Poincare seiner-  
seits überreichte Lord Crewe eine Note, in der er über die  
Haltung der französischen Befehlshaber im Rheinland  
und besonders in der Pfalz Auskunft erteilt und deren Ver-  
halten er als unparteiisch (!) gegenüber der separatistischen  
Bewegung bezeichnet.

Druck und Verlag der B. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

## Unnütze Bekanntmachungen.

### Raminsegergebühren.

Die Gebühren der Raminseger werden mit Wirkung vom  
12. November 1923 an bis auf Weiteres auf das 62 800-  
Millionensache der Festsetzung vom 1. Juli 1919 (Staatsan-  
zeiger Nr. 249 von 1921) bestimmt. Umsatzsteuer darf noch  
besonders angerechnet werden.

Ragold, den 14. Nov. 1923.

Oberamt: Müng.

### Altensteig.

Um meine wertvolle Rundschau stets bedienen zu können,  
bleibt zwecks Warenverkauf meine Drogerie je

## Mittwochs geschlossen.

Bestellungen werden tags zuvor entgegen genommen.

Drogerie Jos. Englert, Apotheker.

## DIE KURSE

der Börsen von Stuttgart, Berlin, Frank-  
furt, München und Augsburg, ebenso auch

## DIE DEVISEN

der maßgebenden Plätze bringt neben aus-  
führlichen Berichten und Notizen über

## DIE MARKTE

und Informationen aus der Wirtschaft und  
über jede weitere Ausbaumöglichkeit für

## DEN ABSATZ

regelmäßig in seiner reichhaltigen, zeitge-  
mäß erweiterten Handelszeitung der mög-  
lichst nach Schluß der Börsen erscheinende

## SCHWÄBISCHE

## MERKUR

STUTT GART

### Altensteig.

## Ich tausche

jeben Räder

## Leinöl

gegen

Bodenöl, Maschinenöl, Kerosin,  
Fett, Ledersett, Wagenfett,  
Parkettwachs, Farben usw.

Chr. Rieker  
Drogeriewerk.

## Pferd

(Schimmel-Baluch)



11-jährig,  
unt. Gar.,  
geg. Ruh-  
fuß-träch-  
tg. Raibin  
od. sonst.

Festwerte z. vertauschen bzw.  
zu verkaufen.

M. Kew, mech. Holz-  
Leugensloch.

### Zusatz

## Kartoffeln gegen Heu.

Wer? — sagt die G. Sch. d. B.

Alle Farben, Lacke, Öle,  
Pinjel, Mattierungen,  
Polituren, Beizen, Leim,  
Glaspapier u. s. w.

kaufen Sie am besten  
im Spezialgeschäft bei

R. Angerer, Ragold  
Telefon Nr. 4.

### Gestorbene.

Dornstetten: Marie Räder,  
geb. Rädler, 61 J.  
Calw: Gg. Friedr. Strommer,  
Schuhmacherstr., 76 J.

## Familien- kalender

für 1924

sind zu haben in der

B. Rieker'schen  
Buchhandlung.

Die Nachzahlung für I. Noobr.-Blatt ist den Gehalts-  
empfängern am 14. 11. überwiesen worden.

### Staatsrentamt Hirsau.

## Photographie-Rahmen

empfehlen die

B. Rieker'sche Buchhandlung in Altensteig.

## Bureauartikel

wie

Durchschlagpapier  
Kohlenpapier  
Briefordner  
Brieflocher  
Schnellhefter  
Bureaunadeln  
Tintenzeuge  
Löschwiegen  
Briefwagen  
etc. etc.

stets vorrätig in der

W. Rieker'schen Buchhandlung  
Papier- und Schreibwarenhandlung, Altensteig